

Wolfgang Biermann

**Demokratisierung
in der DDR?**

**Ökonomische
Notwendigkeiten,
Herrschaftsstrukturen,
Rolle der
Gewerkschaften
1961-1977**

**Verlag Wissenschaft
und Politik**

Inhalt

Vorwort von Peter von Oertzen	IX
Vorbemerkungen	1
A Die Diskussion in der DDR über gesellschaftliche und ökonomische Gesetzmäßigkeiten und ihr Zusammenhang mit der Frage der Herrschafts- und Leistungsstruktur der sozialistischen Gesellschaft	5
1 Gesellschaftliche Gesetze im Sozialismus	5
1.1 Einleitung: Zu einigen Aspekten der allgemeinen Diskussion über die Existenz und Wirkungsweise gesellschaftlicher Gesetze	5
1.2 Exkurs: Zum Bedeutungswandel einzelner ökonomischer Gesetze in der DDR	9
1.3 Heuers Ableitung gesellschaftlicher Gesetze anhand der marxistischen Klassiker	13
1.4 Verhältnis von staatlicher Tätigkeit und gesellschaftlichen Gesetzen im Kapitalismus und im Sozialismus	16
1.5 Gesetzmäßige Entfaltungsmöglichkeiten der Wissenschaft im Kapitalismus und im Sozialismus	17
1.6 Funktion und Zweck der Aufdeckung gesellschaftlicher Gesetze im Sozialismus	19
1.6.1 Zum Unterschied der „Verwirklichung“ oder „Nutzung“ der ökonomischen Gesetze	21
1.6.2 Beispiel für Konsequenzen aus dem Tendenzcharakter ökonomischer Gesetze für die praktische Wirtschaftspolitik	22
2 Herrschafts- und Leitungsstruktur im Sozialismus.	26
2.1 Zur Rolle des Staates einschließlich des Rechts bei <i>Heuer</i> und <i>Haney</i>	26
2.2 Struktur des Staates und der Partei bei <i>Haney</i> und <i>Heuer</i>	29
2.3 Das Verhältnis von Selbstbestimmung und zentraler Machtausübung.	32
2.3.1 Exkurs: Historisch-vergleichende Aspekte des Demokratischen Zentralismus in der DDR	34
2.3.2 Funktion des demokratischen Zentralismus und der sozialistischen Demokratie.	37
2.3.3 Politisch-theoretische Konsequenzen von <i>Heuers</i> und <i>Haneys</i> Demokratiekonzeptionen	38

3	Die Anerkennung von materiellen Interessenwidersprüchen als ideelle Voraussetzung für die Schaffung des die heutigen Grundlagen der DDR-Wirtschaft bestimmenden Neuen Ökonomischen Systems	43
---	--	----

B Entwicklung der Strukturen der DDR-Volkswirtschaft seit 1961 und ihre Auswirkungen auf die Rolle des FDGB und der Mitwirkung der Werktätigen im Sinne der „Sozialistischen Demokratie“ 47

I Die Erfahrungen mit dem traditionellen Leistungssystem und der Entstehungsprozeß des Neuen Ökonomischen Systems der Planungs- und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL) 47

1	Ausgangssituation (1963)	47
2.1	Der VI. Parteitag der SED über die Grundzüge des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft	48
2.2	Der VI. Parteitag der SED über die Bedeutung des NÖSPL für die Arbeit der Betriebsgewerkschaftsorganisationen des FDGB	49
3	Ausarbeitung der Grundlagen des NÖSPL	51

II Die erste Etappe des Neuen Ökonomischen Systems 1963–1965 (von der Annahme der Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft vom 11. Juli 1963 bis zur 11. Tagung des ZK der SED im Dezember 1965) 52

1	Die Ergebnisse der ökonomischen Experimente und die Richtlinie für das NÖSPL	52
2	Die Entscheidungshierarchie der VEB und VVB	53
3	Die relativ große Unabhängigkeit leitender Wirtschaftsfunktionäre, ihre objektiven Ursachen und die widersprüchliche Haltung der SED ihr gegenüber	54

III Die Einleitung der 2. Etappe des NÖSPL – Versuch einer Lösung gesellschaftlicher Widersprüche 58

1	Darstellung der Widersprüche	58
1.1	Widersprüche in der Leitungsstruktur der VEB/VVB, insbesondere zwischen ökonomischen und politischen Prioritäten bzw. Qualifikationsanforderungen	58
1.2	Ökonomische Widersprüche, die sich aus objektiven (Anforderungen des Wertgesetzes und anderer ökonomischer Gesetzmäßigkeiten) und subjektivem Faktoren (mangelnde Qualifikation z. B.) ergaben	58
1.2.1	Auflösung des Volkswirtschaftsrates	59
1.2.2	Einrichtung gesellschaftlicher Räte	60
1.3	Bewußtseinsprobleme	61
1.4	Auswirkungen der 1. Etappe des NÖSPL auf die Arbeit der Betriebsgewerkschaftsorganisationen	61

1.5	Zugeständnis größerer Selbständigkeit der Gewerkschaften durch die 11. ZK-Tagung	61
2	Zusammenfassung der Korrekturen am Ende der 1. Etappe des NÖSPL, die für die Arbeitsmöglichkeiten des FDGB bis heute ausschlaggebend sind.	62
IV	Die 2. Etappe des NÖSPL (NÖS) als Grundlage der „sozialistischen Demokratie“ nach dem 11. ZK-Plenum 1965, insbesondere seit dem VII. Parteitag der SED (1967)	64
1.1	Die SED über sozialistische Demokratie als Integrationsfaktor . . .	64
1.2	Diskussion betrieblicher Konflikte auf dem VII. Parteitag der SED	65
1.3	Der VII. Parteitag über die Rolle der Gewerkschaften	66
2	Widersprüche in der Entwicklung der DDR-Wirtschaft nach dem 11. ZK-Plenum, insbesondere zwischen Belegschaften und Wirtschaftsleitung	67
3	Der FDGB und die Widersprüche des Ökonomischen Systems seit dem 11. ZK-Plenum 1965.	69
3.1	Selbstverständnis und Forderungen des FDGB	69
3.2	Widersprüche zwischen Belegschaften und Betriebsleitungen. . . .	70
3.3	Mangelhafte Interessenvertretung durch den FDGB und ihre objektiven Ursachen	74
C	Entwicklungsprozesse der integrierten Verflechtung von staatlicher und wirtschaftlicher Leitung in der DDR und ihre Auswirkungen auf die Rolle des FDGB	77
I	Ansätze des Übergangs von volkswirtschaftlicher zu gesellschaftlicher Planung in der DDR.	77
1	Ökonomische Probleme vor dem VIII. Parteitag der SED.	77
2	Die „Zentrale Arbeitsberatung leitender Kader“ im Januar 1970 als Wendepunkt der Wirtschaftspolitik	79
3	Bedingungen für die betrieblich-territoriale Koordinierung.	82
3.1	Die Diskussion über betrieblich-territoriale Koordinierung nach dem VII. SED-Parteitag von 1967	85
3.2	Exkurs: Betrieblich-territoriale Koordinierung als Erfordernis der Vergesellschaftung und der sozialistischen Demokratie bei Heuer.	88
3.3	Die verschiedenen territorialen Zentralisierungsebenen der betrieblich-territorialen Koordinierung bei W. Artzt	90
3.4	Zum Problem der Verbindlichkeit der betrieblich-territorialen Koordinierung durch die Stadtverordnetenversammlung bzw. ihre Organe	91
3.5	Die Diskussion über Formen des Eigentums in der DDR und ihre Auswirkungen auf die betrieblich-territorialen Beziehungen	94

II	Veränderungen in der Rolle des FDGB seit Anfang 1970.	97
1	FDGB und Territorium	97
1.1	Das „Berliner Modell“ – Beispiel für die betrieblich-territoriale Koordinierung unter Mitwirkung des FDGB	97
1.2	Die widersprüchliche Funktion gewerkschaftlicher Interessenvertretung im Territorium bei Folgeerscheinungen der Intensivierung am Beispiel der Schichtarbeit	99
1.3	Kritik des bisherigen Standes der betrieblich-territorialen Koordinierung aus der Sicht des FDGB.	101
2	Effektivität und Arbeits- und Lebensbedingungen	103
2.1	Der effektivierungsfunktionale Aspekt gewerkschaftlicher „Interessenvertretung“ als treibendes Moment für die Erweiterung der Rolle der Gewerkschaften in der DDR	103
2.2	Das neue Arbeitsgesetzbuch der DDR und die Erweiterung gewerkschaftlicher Rechte im Betrieb.	107
2.3	Der effektivierungsfunktionale Aspekt der Arbeits- und Lebensbedingungen	109
III	Zu der heutigen rechtlichen Voraussetzung der betrieblich-territorialen Koordinierung und der Zusammenarbeit zwischen örtlichen Volksvertretungen bzw. ihren Organen und den Gewerkschaften	114
1	Die Reform des Staats- und Wirtschaftsapparates.	114
2	Die seit dem VIII. Parteitag angestrebte Rolle der örtlichen Staatsorgane bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen	116
2.1	Aufgaben der Städte und Gemeinden nach dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen	116
2.2	Aufgaben der Bezirke – Bezirksversorgungspläne –	117
2.3	Örtlich geleitete Industrie.	118
3	Die betrieblich-territoriale Koordinierung als Notwendigkeit zur Qualifizierung des Planungssystems seit dem VIII. Parteitag der SED	119
3.1	Ausbau des Kontrollsystems	122
4	Auswirkung der Umorientierung des VIII. Parteitages auf die <i>überbetriebliche</i> Tätigkeit und Einflußnahme des FDGB insbesondere über die gewerkschaftlichen Territorialvorstände	122
D	Schlußbemerkung	123
	Anmerkungen	123
	Literatur	164
1	Literatur und Quellen.	164
2	Periodika und kontinuierlich erscheinende Dokumentationen	169
	Abkürzungsverzeichnis	170